

Das Ampel-Sondierungspapier

Wo steht der Osten?



Das Ampel-Sondierungspapier

Wo steht der Osten?

Seit dem 15. Oktober 2021 liegt es vor, das Sondierungspapier der drei möglichen Ampelkoalitionäre SPD, Grüne und FDP. Was steht drin, und was bedeuten die Vereinbarungen für die neuen Bundesländer?

Zwölf Seiten hat das Sondierungspapier, und die Formulierungen sind notwendigerweise vage. Die eigentlichen Koalitionsverhandlungen laufen ja erst jetzt. Einige Festlegungen gibt es aber bereits:

- > Klimaschutz, Digitalisierung sowie die Förderung öffentlicher und privater Investitionen haben oberste Priorität.
- > Der Ausstieg aus der Kohleverstromung soll „idealerweise“ auf 2030 vorgezogen, der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Energienetze und Ladesäuleninfrastruktur massiv vorangetrieben werden.
- > Die Ausgaben des Staates sollen einer umfassenden Revision unterzogen und auf die langfristige Sicherung der oben genannten Prioritäten ausgerichtet werden – unter Einhaltung der Schuldenbremse.
- > Die Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen soll ausgebaut werden, „insbesondere dort ..., wo der Nachholbedarf am größten ist“.
- > Das gesetzliche Rentenniveau soll bei mindestens 48 Prozent stabilisiert, das Renteneintrittsalter nicht angetastet werden.
- > Der gesetzliche Mindestlohn soll von derzeit 9,60 Euro brutto auf 12 Euro brutto steigen.
- > Hartz IV soll abgeschafft und durch ein „Bürgergeld“ ersetzt werden, das unter anderem die Zuverdienstmöglichkeiten erweitert.

► Aufbruchstimmung

Die Reaktionen fielen vielfach positiv überrascht aus, dennoch gibt es auch deutliche Kritik: an der noch völlig offenen Frage, wie die ehrgeizigen Vorhaben finanziert werden sollen, oder daran, ob der Ehrgeiz tatsächlich genügt, um

das notwendige Klimaschutzziel einer Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad überhaupt noch zu erreichen.

Für die neuen Bundesländer kommt ein weiterer Aspekt hinzu. Die Menschen hier kämpfen vielfach – mental wie materiell – noch immer mit den Folgen des Strukturwandels im Zuge der Wiedervereinigung. Wie werden sie zur Akzeptanz der nötigen Umbrüche gewonnen werden können?

Der thüringische SPD-Chef Georg Maier ist optimistisch:

„Die im Sondierungspapier festgehaltenen Eckpunkte stimmen mich sehr zuversichtlich, dass wir damit gemeinsam die anstehenden Herausforderungen der nächsten Jahre angehen können.“ Für Ostdeutschland seien vor allem die geplante Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro, die Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent und die Beibehaltung des Rentenalters positiv zu bewerten.

Auch aus Mecklenburg-Vorpommern, wo gerade der geplante Ausbau von Windkraftanlagen



Foto: Colourbox.de

ohnehin schon forciert wird, hört man wenig Widerspruch.

■ Knackpunkt Kohleausstieg

Ganz anders die Reaktionen in den Ländern, die vom vorgezogenen Kohleausstieg betroffen sein werden.

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) lehnte das Vorhaben rundheraus ab. Das könne die Region nicht verkraften.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) fand ebenfalls deutliche Worte. Mit Änderungen am erst im vergangenen Jahr verabschiedeten Kohleausstiegsgesetz riskiere man neben der Versorgungssicherheit die „Glaubwürdigkeit von Politik“. Er „sehe es nicht nur kritisch, sondern halte es innerhalb des jetzigen Rahmens für nicht möglich, dieses Gesetz zu korrigieren“. Seine (kleineren) Koalitionspartner SPD und FDP äußerten sich zurückhaltender, verwiesen stattdessen darauf, es komme eben auf die Rahmenbedingungen an.

Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) reagierte ebenfalls verhalten. Dies sei erst einmal nur ein Sondierungspapier, ließ er verlauten, ergänzte aber: „Da Brandenburg führend ist bei den erneuerbaren Energien und in der Lausitz Strom fürs ganze deutsche Netz produziert wird, werden wir uns intern an der Diskussion beteiligen – aber keine öffentlichen Debatten führen.“

Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hatte schon im September gewarnt, ein vorgezogener Ausstieg aus der Kohleverstromung könne die Energiesicherheit bundesweit bedrohen. So sieht es auch der

SPD-Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag, Erik Stohn. Zwar sei der vorzeitige Ausstieg im Sondierungspapier an Bedingungen geknüpft, doch eben daran hapere es: bundesweit am notwendigen Netzausbau und gerade im Süden der Republik am Ausbau der erneuerbaren Energien.

Grünen-Chefin Julia Schmidt dagegen ist erleichtert, dass die Ampel-Sondierer „zum Beispiel durch eine Solarpflicht auf den Dächern und den Ausbau der Windkraft“ die dringend notwendige Senkung des CO₂-Ausstoßes vorantreiben wollen. Diese Aufgabe habe die Große Koalition in den vergangenen Jahren regelrecht verschlafen. CDU-Fraktionschef Jan Redmann spricht dagegen von einem „Bruch des Kohlekompromisses“ und „einem Schlag in das Gesicht der Menschen in der Lausitz“.

■ Was tun gegen Strukturschwäche?

Für die Lausitz dürfte es tatsächlich hart werden. Mit dem Wegfall des Braunkohlebergbaus müssen für Tausende, die direkt oder indirekt davon leben, neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das braucht Zeit und ist schon bis zum Ausstiegsdatum 2038 nur schwer zu bewältigen. Zumal die Region für Investoren bislang nicht interessant ist. Die Gegend wurde von den Umbrüchen nach 1989 am verheerendsten getroffen, und im September verkündete der dänische Windkrafthersteller Vestas überraschend das Aus für seine Produktionsanlagen in Lauchhammer. Für die Stadt, die in den 1990er-Jahren eine verdeckte Arbeitslosenquote von 70 Prozent hatte, ist das ein Schock. Denn von dem Nachwende-Kahlschlag hat sie sich bis heute – trotz Vestas – nicht erholt.

Haseloff dachte deshalb laut über ein Strukturbeschleunigungsgesetz für die Regionen im Kohlerevier, außerdem über die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone nach, solle der Ausstieg tatsächlich vorgezogen werden. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Sachsen konterte, eine Studie des CDU-geführten Bundeswirtschaftsministeriums habe ergeben, dass erneuerbare Energien für die Lausitz mehr Wertschöpfungspotenzial bereithielten als die Kohle. An Kretschmer gerichtet sagte BUND-Chef Felix Ekardt: „Ein Ausstieg bis 2030 ist sozialverträglich und wirtschaftlich möglich, aber man muss ihn schon wollen.“

Das gilt für viele der im Sondierungspapier umrissenen Vorhaben. Ohne die Mitwirkung von Ländern und Kommunen werden sie sich nicht realisieren lassen. Welche Konkretisierungen im Koalitionsvertrag – so er denn kommt – gefunden werden und wie man alle Partner dafür gewinnen will, dürfte also entscheidend sein. Dass der anstehende Wandel für niemanden, ganz gleich, ob in Ost oder West, Nord oder Süd, ohne Zumutungen zu erreichen sein wird, steht außer Frage. Gelingen aber wird er nur dann, wenn die Perspektiven und Rahmenbedingungen, die geschaffen werden müssen, so überzeugend sind, dass die Chance die Zumutungen mindestens ausgleicht.

„Auch mehr als 30 Jahre nach der friedlichen Revolution“, heißt es im Sondierungspapier, „bleibt es unverändert Aufgabe, die innere Einheit sozial und wirtschaftlich zu vollenden. Viele Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland haben im Wandel Erfahrungen

gesammelt, die auch mit Brüchen und Enttäuschungen verbunden waren. Daraus wollen wir für die anstehenden großen Transformationsprozesse in ganz Deutschland lernen.“ Die Brüche waren gravierend, die Enttäuschungen tief und einschneidend. Nicht für alle, aber für viele gerade dort, wo nun ein weiteres Mal Altes abgeräumt und Neues entstehen soll. Es steht zu hoffen, dass die Sondierer dies wirklich verstanden haben. ■

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende des dbb landesbundes mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Uwe Sommermann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Model Foto: Colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH,

Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-0

Telefax: 030.7261917-40

Internet: www.dbbverlag.de

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH,

Mediacenter, Dechenstraße 15 a,

40878 Ratingen

Telefon: 02102.74023-0

Telefax: 02102.74023-99

E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

Telefon: 02102.74023-714

Anzeigendisposition:

Britta Urbanski,

Telefon: 02102.74023-712,

Preisliste 24, gültig ab 1.10.2020

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern



„Prozentlauf“ in Schwerin

Deutliche Warnung an Arbeitgeber

Die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst der Länder wollen Verschlechterungen bei der Eingruppierung durchsetzen. „Nicht mit uns!“, machte der dbb in einer bundesweiten Aktion am 28. Oktober 2021 klar.

Tausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der Länder haben die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) im Rahmen einer bundesweiten Aktion eindringlich davor gewarnt, die laufende Einkommensrunde zu einer Negativrunde zu machen. In den Landeshauptstädten zwischen Kiel und München – so auch in Schwerin – gingen Prozentläuferinnen und Prozentläufer auf die Straße und protestierten gegen die Pläne der Arbeitgeberseite, mit Veränderungen von Parametern beim sogenannten Arbeitsvorgang eine deutliche Verschlechterung geltender Eingruppierungsregelungen durchzusetzen.

In Mecklenburg-Vorpommern unterstützten dbb Landeschef Dietmar Knecht und Karoline

Herrmann, Vorsitzende der dbb Jugend und Mitglied der dbb Bundesleitung, die Proteste in Schwerin. „Die neue Landesregierung steht nach dem Willen der Koalitionäre für eine starke und zukunftsfeste Verwaltung, das kann sie mit einem deutlichen Signal der Wertschätzung jetzt in dieser Einkommensrunde beweisen. Alles andere wäre ein Armutszeugnis gleich zu Beginn einer neuen Legislaturperiode“, sagte Knecht. Herrmann ergänzte: „Der öffentliche Dienst muss massiv Nachwuchs für den Staatsdienst gewinnen. Das funktioniert nur mit attraktiven Konditionen und einer Kultur der Fairness und Anerkennung.“

Der anwesende Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Heiko Geue, machte die



Position der Landesregierung deutlich: „In den nächsten Jahren liegen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des damit verbundenen Fachkräftemangels



große Herausforderungen vor unserer Verwaltung. Die können wir nur bewältigen, wenn wir konsequent modernisieren, digitalisieren und gleichzeitig ein noch attraktiverer



© BVLB.M-V



© DPoL G.M-V



Arbeitgeber werden. Dazu gehören mobile Arbeitsweisen genauso wie eine gute und faire Bezahlung.“

In den vorausgegangenen Tagen und Wochen nach dem ergebnislosen Abschluss der ersten Verhandlungsrunde hatte es in ganz Mecklenburg-Vorpommern dezentrale Aktionen zahlreicher Mit-

gliedsorganisationen des dbb m-v gegeben. So demonstrierten am 12. Oktober Forstleute vom BDF in Dümmer, am 14. Oktober Mitglieder des Berufsschullehrerverbands BvLB in Greifswald, Demmin, Wismar, Schwerin und Rostock und die Deutsche Polizeigewerkschaft DPoIG am 20. Oktober in Stralsund. Am 25. Oktober beteiligten sich

in Hagenow Mitglieder des VDStRa am bundesweiten Aktionstag der Straßenwärtler, am 27. Oktober organisierte die Deutsche Steuergewerkschaft eine aktive Mittagspause im Finanzamt Rostock und am 29. Oktober demonstrierten BTB Mitglieder der Arbeitsschutzverwaltung und der Umweltschutzverwaltung in Neubrandenburg.



dbb jugend

Landesjugendausschuss tagt in Schwerin

Am 18. Oktober 2021 fand der erste Landesjugendausschuss (LJA) der dbb jugend mecklenburg-vorpommern in Schwerin unter dem Motto „Lehren aus der Krise“ statt.

Durch den Vorstand sowie die anwesenden Delegierten wurde der öffentliche Dienst unseres Landes unter die Lupe genommen und in Bezug auf Krisen wie die Corona-Pandemie überprüft. Das Ergebnis der Analyse war nicht zufriedenstellend, denn obwohl unsere Behörden über hochwertig ausgebildetes Personal verfügen, werden der professionellen Arbeit oft durch Personalmangel, Ausstattungsdefizite oder eine katastrophale Work-Life-Balance Grenzen gesetzt.

Um Lösungen für diese Probleme erarbeiten zu können, war der Ausschuss geprägt von Fachvorträgen. Neben der GDL-Jugend, der kombajugend oder der JUNGEN POLIZEI war auch Jörg Heusler vom BVÖGD, der beim Gesundheitsamt des Landkreises Vorpommern-Rügen beschäftigt ist, zu Gast.

Durch Heuslers Ausführungen konnte sich der Landesjugend-

ausschuss ein Bild von der Arbeit in Gesundheitsämtern machen und gleichzeitig in Erfahrung bringen, vor welchen Schwierigkeiten diese während der Pandemie standen und was ursächlich dafür war. So kritisierte Heusler unter anderem, dass es zur Konkurrenz zwischen Landkreisen, Kommunen oder Ländern bezüglich der Masken- oder Desinfektionsmittelbeschaffung gekommen ist oder dass die Anti-Corona-Maßnahmen für die Bürger und Bürgerinnen immer unübersichtlicher wurden, weil jedes Bundesland andere Regeln aufgestellt und abgeändert hat. Außerdem würden zentrale Impfregister oder Datenbanken für Ärzte die Arbeit der Gesundheitsämter wesentlich erleichtern. Heusler berichtete auch von Personalproblemen, da die Bezahlung von Amtsärzten nicht mit den Krankenhäusern oder Praxen im Land mithalten kann. Ein Problem, das uns anscheinend überall im öffentlichen Dienst begegnet.



Die Fachbeiträge lösten viele Diskussionen bei den Delegierten aus, sodass schon am selben Tag damit begonnen wurde, Lösungsvorschläge für die Zukunft zu erarbeiten. Diese erstreckten sich von flexiblen Arbeitsmodellen über Stufenaufbaukonzepte bis hin zu Attraktivitätssteigerungen im öffentlichen Dienst.

Im Anschluss folgten Gespräche mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Christian Winter

und dem CDU-Landtagsabgeordneten Sebastian Ehlers, in denen die ersten Ideen des Landesjugendausschusses resultierend aus den aufgezeigten Problemen angesprochen wurden.

Alles in allem verlief der erste Landesjugendausschuss der dbb jugend m-v trotz des straffen Zeitplans reibungslos und brachte innovative Ideen für die zukünftige Arbeit des Vorstandes hervor.

Erhöhung der Polizeizulage gefordert

DPolG M-V im Gespräch mit dem Ministerium für Inneres und Europa

Am 12. Oktober 2021 fand das erste Gespräch nach den Landtagswahlen zwischen dem Abteilungsleiter Polizei, Konrad Herkenrath, dem Inspekteur der Polizei, Wilfried Kapischke, und dem Landesvorsitzenden der DPolG, Ronald Müller, sowie seinem Stellvertreter Volker Walther statt.

Im Rahmen dieses Austauschs wurden die Positionen der DPolG zur Möglichkeit der Einführung von Elektro-Distanz-Impulsgeräten in der Schutzpolizei, zur Schwerpunktsetzung in der Fahrzeugbeschaffung für den Polizeidienst sowie zur Wichtigkeit der Forcierung und der gezielten Ausrichtung der Aus- und Fortbildung für eine rechtzeitige Nachbesetzung in

speziellen Fachbereichen übergeben und erörtert. Als gesonderter Punkt wurde die Forderung der DPolG nach einer Erhöhung der Polizeizulage und der Wiederherstellung ihrer Ruhegehaltsfähigkeit überbracht.

In dem sehr sachlichen und regen Austausch konnten in einzelnen Punkten durchaus



> Ronald Müller, Konrad Herkenrath, Wilfried Kapischke (von links)

Ähnlichkeiten beziehungsweise Übereinstimmungen in der Sichtweise auf die Themen festgestellt werden. Beide Seiten

betonten am Ende die Wichtigkeit des Austausches und erklärten ihre Bereitschaft zur Fortführung dieses Dialoges. ■

komba engagiert sich im Rettungsdienst

Tarifverträge zwingend erforderlich

Am 18. Oktober 2021 fand eine Mitgliederversammlung der komba Gewerkschaftsgruppe beim DRK-Kreisverband Ostvorpommern-Greifswald e. V. in Heringsdorf statt.

Dazu eingeladen hatten der Landesvorsitzende der komba m-v, Thomas Krupp, und sein für das Rettungswesen zuständiger Stellvertreter Heiko Seddig. Im Mittelpunkt des Treffens standen der Austausch von Informationen aus der komba Landesleitung und die aktuellen Sachstände der Gewerkschaft im Rettungswesen.

Des Weiteren ging es um die konkreten Probleme der Gewerkschaftsgruppe, die zurzeit vor Ort circa 30 Mitglieder um-

fasst. Die Kolleginnen und Kollegen schilderten ihre Sorgen und Nöte. Dazu zählt insbesondere die Befürchtung, dass das Arbeitsmodell, der 24-Stunden-Dienst, wegen des fehlenden Tarifvertrages, der hierfür nach Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes zwingend erforderlich ist, wegfallen könnte. Damit wäre aus Sicht der Beschäftigten auf jeden Fall mehr Personal zum Erhalt der Einsatzfähigkeit notwendig. Woher dieses kommen sollte, konnten die Versammlungsteilnehmer nicht klären.

Unzufriedenheit zeigte sich auch darüber, dass die Entgelt-, Urlaubs- und Zulagenverhandlungen, die unter das Tarifrecht fallen, nicht mit den Gewerkschaften, sondern nur mit dem Betriebsrat be- und verhandelt würden. Auch scheint die zurzeit geltende Entlohnung im DRK-Kreisverband OVP-Greifswald nicht auszureichen, um der Mitarbeiterbindung und der Mitarbeitergewinnung förderlich zu sein.

Thomas Krupp sagte Unterstützung zu. Gerade weil es mit dem DRK in anderen Kreisverbänden schon positive Abschlüsse gab, will er die Hemmnisse hier noch einmal näher untersuchen. „Wir werden jetzt das Gespräch mit dem Geschäftsführer suchen. Es muss doch möglich sein, hier eine einvernehmliche, gute Lösung für beide Seiten zu finden“, so Krupp abschließend. „Tarifverträge sind ja kein Teufelszeug!“ ■

> Terminankündigung

Die Landesleitung informiert entsprechend § 12 (3) der Satzung des dbb beamtenbund und tarifunion mecklenburg-vorpommern darüber, dass sie den 8. Landesgewerkschaftstag für den 29./30. März 2022 in das Van der Valk Resort Linstow einberufen hat. Weitere Informationen gehen den Mitgliedsorganisationen satzungsgemäß zu.

Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im dbb m-v (BTB M-V)

Landesgewerkschaftstag des BTB M-V stellt Weichen für die nächsten Jahre

Der Neustrelitzer Udo Dannhauer ist am 17. Oktober 2021 auf dem Landesgewerkschaftstag des BTB, Bund technischer Beamter und Beschäftigter im öffentlichen Dienst, Mecklenburg-Vorpommern im Amt des Landesvorsitzenden einstimmig bestätigt worden.

In seinem Resümee ging Dannhauer auf die Erfolge des BTB in der zurückliegenden Legislatur ein, die die Attraktivitätssteigerungen für den technischen Dienst in der Landesverwaltung, aber auch bei den Berufsfeuerwehren im Land gebracht haben. Insbesondere ging es dabei um Verbesserungen in der Besoldung, im Stellenplan und bei Zulagen. „An diese Erfolge gilt es, in den nächsten Jahren anzuknüpfen“, so Dannhauer auf dem Gewerkschaftstag in Rostock. Der BTB M-V habe damit als eine eher kleine Gewerkschaft innerhalb des dbb m-v Akzente setzen können, die wichtig seien – sowohl für die Nachwuchsgewinnung als auch für die Motivation des bereits vorhandenen Personals.

Gerade im technischen Dienst in der Landesverwaltung zeigten sich die negativen Auswirkungen der Demografie enorm, Fachkräfte auch im technischen Arbeitsschutz fehlten an allen Ecken und Enden. Der BTB dringte darauf, künftig tatsächlich alle Möglichkeiten in Bezug auf mögliche Personalgewinnungszuschläge entsprechend des neuen Landesbesoldungsgesetzes auszuschöpfen.

Insbesondere um die Umsetzung des neuen Arbeitsschutzkontrollgesetzes auch in M-V sicherzustellen, bedürfe es mehr Personal, betonte der BTB-Landesvorsitzende. In sei-

nem Grußwort an die Delegierten ging der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht auf die gerade im Bund und Land beginnenden Koalitionsverhandlungen ein. So sei es zu begrüßen, dass die Sondierungen beim Bund eine Abkehr von der sogenannten Bürgerversicherung gebracht haben. „Wer die Beamtschaft in diese Art Versicherung zwingen will, hat in Mathematik nicht aufgepasst, bedeutet sie doch enorme demotivierende Mehrausgaben aufseiten der betroffenen Bediensteten, erst recht aber auch Mehrausgaben im Landeshaushalt, wobei die Politik durch die sofort anstehenden Arbeitgeberanteile ihren Gestaltungsspielraum für andere wichtige und notwendige Investitionsvorhaben zum Beispiel bei der Digitalisierung verlieren würde“, so Knecht. Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen im Land zeigte sich der dbb m-v zuversichtlich, dass die Landesregierung ihren eingeschlagenen Weg, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein, nicht wieder verlassen wird. „Wir begleiten die Koalitionsverhandlungen mit unseren Vorstellungen und Ideen, die uns die Fachgewerkschaften des dbb mecklenburg-vorpommern – auch der BTB – in das Hausaufgabenheft geschrieben haben. Wichtig dabei ist, dass nach der gerade begonnenen Einkommensrunde im Tarifbereich der Länder das mög-



> Die neu gewählte Landesleitung des BTB M-V: Andreas Frost, Katrin Matzdorf, Udo Dannhauer, Dörte Fleischhack (von links)

liche Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Weiterhin hat die aktuelle Pandemie gezeigt, wie wichtig ein gut ausgestatteter technischer Dienst einer Landesverwaltung ist, der auf keinen Fall geschwächt werden darf“, unterstrich Knecht.

Einen großen Dank sprach der BTB-Bundesvorsitzende Jan Georg Seidel den Mandatsträgern im BTB Mecklenburg-Vorpommern aus. „Mit viel ehrenamtlichem Engagement und einer hohen fachlichen Kompetenz leisten die BTB-Mandatsträger in Mecklenburg-Vorpommern einen sehr wichtigen Beitrag für bessere Einkommen und Arbeitsbedingungen in den technischen und naturwissenschaftlichen Verwaltungsbereichen.

Einen besonderen Respekt verdient die beständige und verantwortungsvolle Personalarbeit. Dies wird von den Wählern honoriert. Wenn unsere verdienten BTB-Mandatsträger kandidieren, dann werden sie mit tollen Ergebnissen gewählt“, so Seidel, „der Landesvorsitzende Udo Dannhauer und seine Stellvertreter bringen sich stets aktiv und konstruktiv im BTB Bund ein. In den kommenden fünf Jahren werden wir die gute Zusammenarbeit fortführen und ich freue mich auf die Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern.“ Der BTB-Bundesvorsitzende Jan Georg Seidel sprach Udo Dannhauer zu seiner Wiederwahl in Rostock persönlich und im Namen des BTB Bund seine herzlichen Glückwünsche aus. ■

Bundesweite Aktion zur Einkommensrunde 2021

„Prozentlauf“ in Dresden

In Dresden trafen sich am 28. Oktober 2021 die Gewerkschaftler zum Prozentlauf. Vertreten waren Mitglieder vom LVBS, BTB, SLV, BDF, DSTG und natürlich der SBB.

In ihrer Ansprache betonte SBB-Chefin Nannette Seidler „dass wir die großen Zukunftsaufgaben, die in Sachen Digitalisierung, Klimawandel, innere Sicherheit und soziale Sicherung auf uns zukommen, nur mit einem funktionierenden öffentlichen Dienst bewältigen werden. Den wiederum gibt es nur mit motivierten und gut qualifizierten Beschäftigten, die anständig bezahlt und behandelt werden, das muss allen Beteiligten klar sein.“



© Jürgen Loesel (2)



dbb bundessenorenvertretung

Fachtagung und Hauptversammlung 2021

Die 6. Seniorenpolitische Fachtagung „Mobil sein – neue Wege gehen“ und die Hauptversammlung der dbb Senioren fanden am 5. und 6. Oktober 2021 in Berlin statt.

An den ersten Präsenzveranstaltungen in diesem Jahr nahmen für Sachsen Rita Müller, Vorsitzende SBB Senioren, und Walter Wunderlich von der Gewerkschaft der Lokführer (GDL) teil.

In seinem Grußwort führte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach aus, dass die Pandemie die Schwachstellen der Gesellschaft wie unter einem Brennglas sichtbar gemacht hat.

Die Auswirkungen sind jedoch noch nicht hinreichend erforscht. Das Robert Koch-Institut erarbeitet eine Gesundheitsstudie 65 plus. Sie soll wesentliche Erkenntnisse für Senioren erbringen.

Bewegung aus eigener Kraft ist jedoch immer noch das Gesün-

deste. Bewegungsarmut und Mobilitätseinbußen gehören zu den wichtigsten Risikofaktoren für schwerwiegende Gesundheitsprobleme bei älteren Menschen. Deutschland nimmt mit einer Autodichte von 517 Autos pro 1 000 Einwohnern Platz 9 in Europa ein. Mit 659 Autos hat Luxemburg die höchste Autodichte und deshalb den ÖPNV inzwischen kostenlos gemacht.

Auf dem 15. Sächsischen Seniorentag am 1. Oktober in Dresden wurde das Thema „Öffentlicher Nahverkehr“ ebenfalls thematisiert. Fahrpreise für Senioren und Streckennetze sind für uns SBB Senioren ein wesentliches Aufgabengebiet für die Zukunft. Dazu haben wir uns in unserer Vorstandssitzung im August 2021 positioniert.

Ferner sollten über 70-Jährige dem Abbau von Muskelkraft täglich entgegenwirken, auf ihre Ernährung achten und Mangelerscheinungen entgegenwirken. Hilfreich ist ein Ernährungstagebuch. Im Achten Altenbericht der Bundesregierung sind zur Relevanz und Unterstützung von individueller Mobilität wesentliche Aussagen getroffen.

Dr. Kuan-wu Lin, Trainerin für Qigong und Tai-Chi, forderte die Teilnehmer der Seniorenpolitischen Fachtagung heraus, indem sie mit ihnen ein Übungsprogramm als Anleitung für Beweglichkeit absolvierte.

Am 6. Oktober zur Hauptversammlung der dbb bundessenoren stellte der Geschäftsführer der BAGSO, Dr. Guido Klumpp, die Themen und Handlungsfelder seiner Organisation vor: Altersdiskriminierung, Bildung im Alter, Demenz, Digitalisierung und Alter, Engagement, Gesundheit, Generationendialog,

Kommunale Seniorenpolitik, Pflege, Soziale Sicherheit, Teilhabe, Verbraucherschutz, Vielfalt des Alters und Wohnen im Alter.

Aus den in den Pausen geführten Gesprächen mit den Teilnehmern aus den verschiedensten Bundesländern haben wir neue Energie und Anregungen für unsere Seniorenarbeit in Sachsen geschöpft. Ebenso konnten wir für 2022 zwei weitere Seminare zur Vorsorgevollmacht und Erbschaft mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der dbb bundessenorenvertretung, Max Schindelbeck, vereinbaren.

Momentan legen wir unsere Aufmerksamkeit auf die Gruppe der bei der Rentenüberleitung vergessenen Personengruppen. Es darf nicht passieren, dass sie bei den Koalitionsverhandlungen ausgegrenzt werden.

Rita Müller,
Vorsitzende der
SBB Seniorenvertretung

SBB-Seminar

Meinungsbildung und Ideenfindung in Gremiensitzungen

In den regelmäßig angebotenen Seminaren des SBB werden die Mitglieder fit gemacht für die Aufgaben in Gewerkschaft oder Mitarbeitervertretung.

Gemeinsam mit der dbb akademie konnte im Oktober mit interessierten Mitgliedern ein weiteres Seminar „Meinungsbildung und Ideenfindung in Gremiensitzungen“ in Präsenz durchgeführt werden. Im Oktober 2020 fand zu diesem Themenbereich das erste Seminar statt. In der nun durchgeführten Vertiefung wurden die Rolle der Moderation und verschiedene Kreativitätstechniken insbesondere zur Ideenfindung besprochen. Es wurden Brainstorming, Disney und andere Kreativitätstechniken vorgestellt und mit Erfahrungen in der Anwendung unterlegt. Was passt wann? Zu welcher Fragestellung? Die Gruppenübung zur Kopfstandmethode wurde erfolgreich bewältigt.

Der Schlüssel zum Erfolg liegt in einer guten Qualifizierung. Der Erfolg von Gremiensitzungen und Versammlungen hängt nicht zuletzt von der Sitzungsleitung/Moderation ab, dies konnte die erfahrene Dozentin Corinna Kriesemer an konkreten Fallbeispielen und in zielführenden Diskussionen sehr gut vermitteln.

Stimmen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern

Eric Köhler (DSTG): „Nach dem ersten Teil im letzten Herbst standen diesmal die Meinungsbildung und Ideenfindung in Gremiensitzungen auf der Fortbildungsagenda. In abwechslungsreichen und interessanten zwei Tagen hat die

Dozentin Frau Kriesemer mich (und uns) über erlebte Sachverhalte und Beispiele mitgenommen, das eigene Handeln zu hinterfragen. Neben der Erkenntnis ‚das wird so gemacht (und kann bleiben)‘, kamen viele Aha-Momente. Dabei ging es auch um scheinbar Banales – beispielsweise: Welche Spielregeln sollen bei der Zusammenarbeit im Gremium gelten? So einfach das klingen mag, die Besprechung, die Diskussion und auch die Abschlussrunde haben gezeigt, egal ob erfahrener oder neuer Hase (Häsin) – an dieser Stellschraube muss regelmäßig justiert werden. Der Zeitpunkt so kurz nach den Personalratswahlen ist ideal. Viele Gremien konstituieren sich gerade in veränderter Zusammensetzung und arbeiten an den Grundlagen für erfolgreiche kommende viereinhalb Jahre.“

Mandy Paulik (DJG): „Interessant war unter anderem die Kopfstandvariante und wie außerordentlich wichtig bestimmte Spielregeln in einer Sitzung sind. Auch dass ein Gremium nur gut zusammenarbeiten kann, wenn es ein Team ist und gemeinsam in die gleiche Richtung bei der Arbeit geht. Diese Erkenntnis ist wahrscheinlich der größte ‚Brocken‘ in jedem Gremium. Gemeinsam mit der Gruppe sammeln wir die verschiedenen Spielregeln, die eigentlich alle kennen. Aber die Notwendigkeit, diese gemeinsam mit dem Gremium in der ersten ge-



> Dozentin Corinna Kriesemer in Aktion

meinsamen Sitzung aufzustellen und immer wieder einmal zu benennen, macht eine gute Sitzung aus. Wichtig beispielsweise sind Pausenzeiten, die als ein Bestandteil der Sitzung auf die Tagesordnung kommen müssen. Nur so können sich die Gremiumsmitglieder mental bereits vor der Sitzung darauf einstellen. Ich freue mich auf weitere Seminare und möchte dem SBB sowie der Dozentin für die interessante Zeit danken.“

Anja Lohse (DSTG): „Absolut empfehlenswert! Sowohl inhaltlich als auch organisatorisch sehr gut gestaltetes Seminar, für erfahrene wie auch neue Gremienmitglieder bestens geeignet. Sehr sympathische, kompetente und motivierende Dozentin. Auch die Gruppenatmosphäre hat gepasst – locker, aber produktiv. Fazit: Auch wenn eine ganze Menge Arbeit durch die Teilnahme erst mal verschoben werden musste – die Zeit war sehr gut investiert. Vielen Dank noch mal an alle Beteiligten.“

Jens Schweizer (DSTG): „Das Seminar Meinungsbildung und Ideenfindung in Gremiensitzungen hat mir einige grandiose Werkzeuge an die Hand gegeben, die in den zukünftigen Sitzungen unseres Personalrats durchaus zur Anwendung kommen werden.“

Eine weitere Teilnehmerin übermittelte: „Gruppenübungen boten die Möglichkeit zur Selbstreflexion und Schärfung des Blickes für andere Sichtweisen. Sehr bereichernd war auch der Erfahrungsaustausch mit den Teilnehmern in entspannter Runde am Rande der Veranstaltung. Es war ein rundum gelungenes Seminar. Ich freue mich schon auf ein nächstes Mal.“

Auch im nächsten Jahr stehen wieder attraktive Seminare auf dem Plan. Gern können uns Schwerpunktthemen für zukünftige Seminare übermittelt werden.

André Ficker,
stellvertretender
Landesvorsitzender des SBB



> BSZ I für Wirtschaft und Verwaltung Leipzig



> BSZ Bautzen



> Die Kolleginnen und Kollegen des LVBS demonstrieren vor dem Beruflichen Schulzentrum für Technik Gustav Anton Zeuner.

© LVBS (8)

Einkommensrunde 2021

Gemeinsame Sache

Der BvLB, Bundesverband der Berufsschullehrkräfte, und der LVBS, der Berufsschullehrerverband Sachsens, demonstrieren gegen die Verweigerungshaltung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) bei den Tarifverhandlungen.

Am 8. Oktober 2021 fand die erste Runde in den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes der Länder statt. Die Befürchtungen von Ulrich Silberbach, dem Verhandlungsführer des dbb beamtenbund und tarifunion, und den Mitgliedern der Bundestarifkommission haben sich bestätigt: Die TdL hat eine Blockadehaltung eingenommen.

5 Prozent mehr Lohn, wie von den Gewerkschaften gefordert, sind ein vollkommen angemessener Zuwachs bei Berücksichtigung des Inflationausgleichs. Und der Mindestbetrag von

150 Euro und 300 Euro im Gesundheitswesen wird als illusorische Forderungen der Gewerkschaften abgekanzelt.

Ein Angebot der TdL: Fehlanzeige. Dabei wäre gerade jetzt der richtige Zeitpunkt, die jahrelange „Tradition“, sich seitens der Arbeitgeber zu zieren und erst in der letzten Runde der Verhandlungen auf Biegen und Brechen einen Abschluss zu erzeugen, endlich aufzugeben. Und endlich angemessen und würdigend ein verhandlungsfähiges Angebot seitens der Arbeitgeber vorzulegen oder aber sofort das Angebot der



> Kollegen des Beruflichen Schulzentrums für Elektrotechnik Dresden

Gewerkschaften zu verhandeln.

Weiterhin muss festgestellt werden, dass die Arbeitgeber an das Geld der Beschäftigten ran wollen. Über die Diskussion zum sogenannten „Arbeitsvorgang“ und dessen Neuausrichtung soll der TV-L ausgehebelt werden. Das hätte finanzielle Nachteile für viele Kolleginnen und Kollegen. Und das in einer Zeit, wo so viel über Wertschätzung schwadroniert wurde und der öffentliche Dienst Nachwuchssorgen hat!

Der Bundesverband der Berufsschullehrkräfte hat aus diesem Grund nach Bekanntwerden dieser Situation sofort aufge-

rufen, frühzeitig und flächendeckend zu protestieren und der TdL zu zeigen, dass der Unmut bei den Berufsschullehrerinnen und -lehrern sehr groß ist.

Für den 14. Oktober 2021 wurde zu bundesweiten, coronabedingt dezentralen Demonstrationen aufgerufen. Kleine Gruppen protestierten vor den Berufsschulen für die Ziele der Gewerkschaften und zeigen sich solidarisch mit den Berufsgruppen, denen die TdL ans Geld will.

Der LVBS hat sich in Sachsen an der Aktion beteiligt, unterstützt die Forderungen und zeigt sich solidarisch.



> Landesvorstand und Mitglieder des LVBS demonstrieren.



> BSZ für Technik I – Industrieschule Chemnitz



> BSZ Schkeuditz



> BSZ für Bau und Technik Dresden

Hauptforderungen sind:

- > **5 Prozent mehr Lohn, mindestens 150 Euro (300 Euro im Gesundheitswesen),**
- > **Solidarität mit den Beamten,**
- > **keine Änderung am „Arbeitsvorgang“**
- > **stufengleiche Höhergruppierung.**

Der LVBS hat sich im Vorfeld aktiv in die Forderungsfindung eingebracht. Für die sächsischen Berufsschullehrer arbei-

tet Jürgen Fischer in der BTK mit. Er sagt:

„Sehr geehrte Verhandlungsführer der TdL, zeigen Sie Ihr Verantwortungsbewusstsein und untergraben sie nicht die gesellschaftliche Bedeutung des öffentlichen Dienstes durch Blockade der Verhandlungen!

Missbrauchen Sie nicht den öffentlichen Dienst für Sparmaßnahmen!

Erhalten Sie die Arbeitsfähigkeit des öffentlichen Dienstes! Machen und erhalten Sie diesen zukunftsfähig!

Legen Sie ein wertschätzendes Angebot vor, um auch künftig gut qualifizierte Fachkräfte in den öffentlichen Dienst zu bekommen und die Beschäftigten zu motivieren und zu entlasten!

Verhandeln sie sofort, sonst wird es ein kalter Herbst!

Wir nehmen keine Art der Gehaltskürzung hin!

Wir werden für unsere Forderungen kämpfen!

Unser Motto für diese Einkommensrunde: „Bildung nur mit uns! Zukunft nur mit uns!“

*Jürgen Fischer,
2. Vorsitzender des LVBS*

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

Kollegen helfen Kollegen

Unter dem Motto „Kollegen helfen Kollegen“ rief die DSTG Sachsen am 17. Juli 2021 zu einer Spendenaktion auf.

Die dramatischen Bilder der Flut 2021 aus den betroffenen Regionen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hatten unsere Mitglieder stark berührt, wieder Erinnerungen an die Flutkatastrophen 2002 und 2013 in Sachsen und die damalige Solidarität aus anderen Landesverbänden der DSTG geweckt.

Bereits der Aufruf zur Spendenaktion in Sachsen löste bei den Betroffenen in den Flutgebieten eine große Welle der Dankbarkeit aus.

Bei der Aktion kamen fast 6 000 Euro an Spendengeldern zusammen.

Den Landesverbänden der beiden betroffenen Bundesländer wurden die Spendengelder je zur Hälfte übergeben.

Folgende Dankesworte erreichten uns per E-Mail vom Vorsitzenden des Bezirksverbandes Rheinland, Marc Kleischmann, nach Übergabe der Spendengelder:

„Ich kann Euch versichern, dass das Geld zu 100 Pro-

zent bei schwer betroffenen Menschen ankommt. Kolleginnen und Kollegen, bei denen „nur“ das Auto oder einige

Haushaltsgeräte weggeschwemmt wurden, haben sich erst gar nicht bei uns gemeldet. Es sind alles schlimme Fälle, in denen Wohnungen

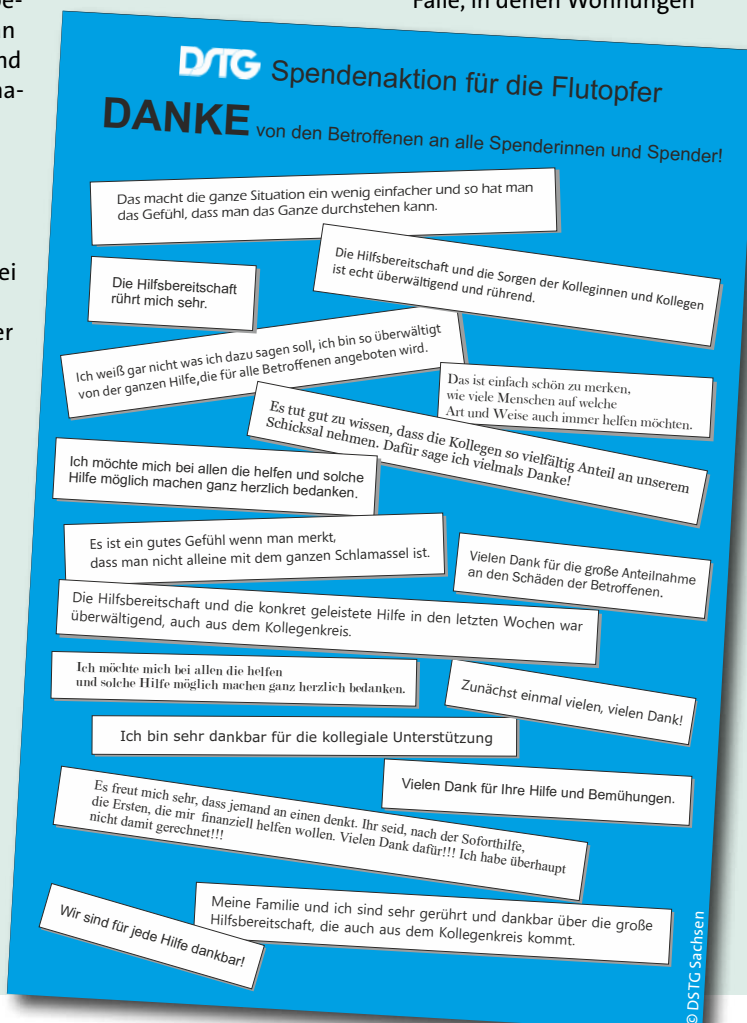
zumindest zeitweise unbewohnbar waren oder auch komplett verloren sind. Fälle, in denen Kernsanierungen anstehen und die komplette Wohnungseinrichtung neu angeschafft werden muss. Ich möchte mich daher stellvertretend für alle Betroffenen ganz, ganz herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern bedanken!

Allein die Ankündigung der Spendenaktion hat bei den Betroffenen schon eine große Welle der Dankbarkeit ausgelöst. Dass Kolleginnen und Kollegen auch über die Grenzen der Bundesländer hinweg Solidarität und Mitgefühl erfahren, ist für alle ein wunderbarer Lichtblick in dieser unvorstellbaren Katastrophe.

Deshalb DANKE liebe Kolleginnen und Kollegen aus Sachsen. Eine großartige Aktion – das werden wir Euch nicht vergessen.“

Auch die DSTG Sachsen dankte allen Spendern!

Über die Landesgrenzen hinweg „FÜR ein starkes WIR“ – die DSTG-Familie!



© DSTG Sachsen



© Viktoria Kühne (6)

Deutschlandweite Aktionen

„Prozentlauf“ in Sachsen-Anhalt

Der dbb sachsen-anhalt hat in der Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 28. Oktober 2021 in Magdeburg Flagge gezeigt. Rund 50 Mitglieder der dbb Mitgliedsgewerkschaften beteiligten sich an einem „Prozentlauf“ vor der Staatskanzlei in Magdeburg. Dieser fand an diesem Tage deutschlandweit in allen Bundesländern statt.

Der dbb zeigte die Vielfalt im öffentlichen Dienst mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG), der DPKOM – Die Fachgewerkschaft für die Beschäftigten der Post, Postbank, Telekom und Call-Center, Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), dem Verband Bildung und Erziehung (VBE), der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft (DVG), dem Verband Deutscher Straßenwärter (VDStra.), der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG), Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) und Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV).

Wolfgang Ladebeck, dbb Landesvorsitzender Sachsen-An-

halt, machte deutlich: „Die Geduld der Kolleginnen und Kollegen ist am Ende! Sie haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sich der öffentliche Dienst auf sie verlassen kann und sorgen dafür, dass Deutschland funktioniert – und zwar rund um die Uhr. Dafür haben sie nicht nur unseren Respekt verdient, sondern auch eine faire Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand. Wir erwarten ein Angebot von der TdL, das diesen Namen auch verdient. Denn unsere Forderungen sind keinesfalls überzogen. Außerdem können unsere Forderungen auch ein Beitrag sein, den öffentlichen Dienst wieder attraktiver für den Nachwuchs zu gestalten.“

Reallohnverluste werde man nicht hinnehmen. Die Inflationsrate steige, und die Kolleginnen und Kollegen hätten in der Corona-Krise Hervorragendes geleistet. Daher müsse man dafür sorgen, dass sie am Ende mehr Geld im Portemonnaie haben als vorher. Gerade bei den unteren Lohngruppen könne man über die gestiegenen Preise nicht hinwegsehen. Lag die Inflationsrate 2020 noch bei 0,5 Prozent, wird für 2021 ein Anstieg der Verbraucherpreise um 2,1 Prozent prognostiziert.

Ladebeck forderte Tarifbeschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte auf, eine Einheit zu bilden, damit der öffentliche

Dienst nicht zum Sparschwein der Nation werde. Er warb für ein starkes Ergebnis in der Einkommensrunde. „Ohne Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit werden wir keinen Erfolg haben“, betonte Ladebeck.

Ferner machten die Beschäftigten mit dem „Prozentlauf“ deutlich, dass sie die Gegenforderung der TdL, Verschlechterungen bei der Eingruppierung vorzunehmen, klar ablehnen. Symbolisch durchliefen Kolleginnen und Kollegen ein Zielbanner mit der Aufschrift „Die TdL will an Deine Eingruppierung“.

Bereits im Vorfeld habe die TdL angekündigt, dass es in Potsdam nur einen Abschluss gebe, wenn die Gewerkschaften beim Thema Arbeitsvorgang einknicken. Mit einer Änderung des Rechtsbegriffs „Arbeitsvorgang“ zielt die TdL auf eine Verschlechterung bei der Eingruppierung. Aktuell





hält der Arbeitgeberverband die Forderung nach einer einseitigen Tarifänderung in § 12 TV-L aus der Einkommensrunde 2019 unverändert aufrecht. Daneben wird nunmehr versucht, die seit Jahren gefestigte Rechtsprechung durch das Bundesarbeitsgericht (BAG) als Wegweiser in Fragen der Eingruppierung auszuhebeln. Mit diesem Ziel haben die TdL und das Land Berlin Verfassungsbeschwerde gegen Urteile des BAG eingeleitet.

Mit der Eingruppierung wird die Entgelthöhe bestimmt. Hierbei hat der Arbeitsvorgang die entscheidende Funktion, da er die Tätigkeitsmerkmale aus einer Entgeltordnung auf die Arbeitsplätze jeder Kollegin und jedes Kollegen überträgt. Wenn ein Arbeitsvorgang die Tätigkeitsmerkmale einer Entgeltgruppe erfüllt, ist der Arbeitsvorgang durch dieses Tätigkeitsmerkmal bewertet und für die Eingruppierung relevant. Dabei zählt der Arbeitsvorgang mit seinem

gesamten Zeitumfang auch zu einer höherwertigen Tätigkeit, selbst wenn der isolierte Anteil, der auf die herausgehobene Tätigkeit entfällt, sich vergleichsweise gering ausnimmt beziehungsweise lediglich unterhältig ist. Genau an dieser Feststellung zum zeitlichen Umfang stören sich die Arbeitgeber. Für die Tätigkeiten mit der tariflichen Bewertung der Entgeltgruppe 9a TV-L wollen die Arbeitgeber lediglich die Entgeltgruppe 6 bezahlen. ■

Hintergrund

Am 8. Oktober 2021 starteten in Berlin die Verhandlungen für den Tarifvertrag der Länder (TV-L). Davon sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: direkt circa 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen, das eigene Verhandlungen führt), indirekt circa 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen. Die zweite und dritte Verhandlungsrunde findet am 1./2. November 2021 und am 27./28. November 2021 in Potsdam statt.

Einkommensrunde 2021

DVG-Aktionstag

Mit einem Aktionstag am 21. Oktober 2021 haben Mitglieder der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) Sachsen-Anhalt in Magdeburg, Halle und Dessau ihren Unmut über die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zum Ausdruck gebracht.



© DVG (3)



Ulrich Stock, Landesvorsitzender und Bundesvorsitzender der DVG Sachsen-Anhalt: „Unsere Geduld ist am Ende! Seit Beginn der Pandemie hat der öffentliche Dienst funktioniert und den Staat am Laufen gehalten. Jetzt erwarten wir endlich eine Wertschätzung unserer Leistungen.“

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hätten lange die Füße stillgehalten und trotz vieler Widrigkeiten einen großartigen Job während der Pandemie gemacht. Nun für die Mehrbelastungen, die auch in Zukunft auf die Beschäftigten zukommen werden, Anerkennung in Form einer ordentlichen Einkommenserhöhung zu erhalten, sollte selbstverständlich sein. Es sei an der Zeit, die Arbeitgeberseite daran zu erinnern, dass Geben und Nehmen stets Hand in Hand gehen sollten. Niedrige Einkommen und Mehrbelastungen seien zudem kein attraktives Aushängeschild, um dringend notwendige Nachwuchskräfte zu gewinnen.



„Wir erwarten beim nächsten Zusammentreffen ein Angebot von der TdL, das diesen Namen auch verdient“, sagte Stock. ■

Neue Führungsspitze

Kristin Arnold ist neue Vorsitzende der vbba Sachsen-Anhalt-Thüringen

Auf dem Landesgewerkschaftstag der vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales, Landesgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen, vom 22. September bis 24. September 2021 in Uhlstädt-Kirchhasel (Thüringen) wurde Kristin Arnold einstimmig zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Die 38-Jährige aus Saalfeld engagiert sich seit 2004 in der vbba, beginnend mit der Jugendvertretung in der Bundesagentur für Arbeit. Inzwischen ist Arnold Vorsitzende des Personalrates der Agentur für Arbeit in Jena.

„Ehrenamt ist ehrenwert – ein Spruch, den ich gern nutze. Ich engagiere mich gewerkschaftlich, um etwas zu bewegen. Mit meinen langjährigen und umfangreichen Erfahrungen aus der Gewerkschafts- und Gremienarbeit möchte ich Kolleginnen und Kollegen bei Fragen rund um die Arbeitswelt zur Verfügung stehen. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig eine gewerkschaftliche Interessenvertretung sein kann“, sagte Arnold. Sie schätze die hohe Kompetenz der Fachgewerkschaft in der Bundesagentur für Arbeit.

Als Erste Stellvertreterin wurde Doreen Schmidt (Arbeitsagentur Halle), als weitere Stellvertreterinnen Gabriele Schwerthfeger (Arbeitsagentur Magdeburg) sowie Franziska Graf (Jobcenter Saale-Orla-Kreis) gewählt. Für die Belange der Frauen wird sich weiterhin Stephanie Schmöche (Arbeitsagentur Magdeburg) engagieren. Als neue Landesjugendvertreterin wurde Melissa Luck gewählt.

Der bisherige Landesvorsitzende Steffen Grabe stand für eine

Wiederwahl nicht zur Verfügung. Er wird sich zukünftig intensiver im Bundesvorstand der vbba einbringen.

➤ Erweiterter Vorstand

Neben der Neuwahl des Landesvorstandes standen Berichte aus den einzelnen Fachgruppen und Gremien zur Diskussion. Über Anträge an den Landesgewerkschaftstag aus verschiedenen Bereichen wurde abgestimmt und die Aufgaben für die nächsten vier Jahre abgesteckt. Vor Beginn der Wahlen des neuen Landesvorstandes stimmten die Delegierten dem Antrag zur Erweiterung des Vorstandes zu. Ziel sei eine flächendeckende Präsenz der vbba im Bezirk Sachsen-Anhalt-Thüringen. „Vorstandsarbeit braucht Zeit und eine lebhaftere Diskussionskultur, um allen Interessen aus zwei Bundesländern, aus zwei Rechtskreisen und allen Fachgruppen gerecht zu werden“, begründete Arnold den Antrag. So könne zukünftig auch eine ortsnahe Betreuung der Beschäftigten besser gewährleistet werden.

➤ Direkter Kontakt mit den Beschäftigten fehlt!

In den Berichten aus den einzelnen Gremien der vbba wurde deutlich, dass Onlineveranstaltungen nicht das „Nonplus-ultra“ der Gewerkschaftsarbeit seien. In Zeiten von Corona erfolgte die Kommunikation zwi-

schen den Beschäftigten vorwiegend digital. Da bleibe vieles auf der Strecke. „Der direkte Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen fehlt“, äußerte Arnold.

Auch die Personalräte standen vor neuen Herausforderungen. Das Thema Homeoffice stehe wieder ganz oben auf der Tagesordnung. Eine hybride Arbeitsform werde zukünftig die „neue Normalität“ sein. Dies sei eine Win-win-Situation für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Durch Vermeidung langer Fahrzeiten zur Dienststelle, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie werde die Attraktivität des Arbeitgebers gesteigert.

➤ Fürsorgepflicht des Dienstherrn fehle

Doch auch das persönlich geführte Gespräch und Beratung solle sukzessive wieder im Vordergrund stehen. Die Bundesagentur für Arbeit stehe unter einem hohen Öffnungsdruck auch durch die Politik. Seit

dem 1. September 2021 habe das reguläre „Geschäft“ wieder an Fahrt aufgenommen, die Arbeitsbelastung der Beschäftigten steigt. Damit steigen auch die Sorgen der Beschäftigten vor dem Kontakt mit möglicherweise Infizierten sowie vor dem Gedränge vor und in den Dienststellen. „Das kann ich verstehen. Festlegungen zu einer bundesweiten Testpflicht für persönliche Vorsprachen in Behörden gibt es derzeit nicht“, betonte Arnold. Die Bundesagentur gehe davon aus, dass inzwischen ausreichend Impfmöglichkeiten für alle Impfwilligen bestanden haben und mit den üblichen Schutzvorkehrungen (3G-Nachweis oder Einhalten der AHA+L-Regel) der Gesundheitsschutz gegenüber den Beschäftigten weitestgehend gewährleistet werde. „Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber den Beschäftigten hat einen hohen Stellenwert, dies haben auch die Gewerkschaften im Blick“, betonte Arnold. ■



© Privat

Feuerwehr und Rettungsdienst Gewalt gegen Feuerwehr- und Rettungskräfte nimmt zu

Beschimpft, bespuckt, verhöhnt. Rettungskräfte stehen heute vor einer völlig neuen Situation. Was früher undenkbar war, ist inzwischen trauriger Alltag.

„Angriffe betrunkenen oder aggressiver Menschen auf die Rettungskräfte gefährden immer häufiger die oftmals lebensrettende Arbeit. Feuerwehren werden alarmiert, um sie beim Eintreffen mit Böllern, Steinen und Flaschen zu bewerfen“, sagt Bettina Fügemann, Vorsitzende der komba gewerkschaft sachsen-anhalt.

Jüngstes Beispiel sei der Einsatz der Rettungskräfte, die gemeinsam mit ehrenamtlichen Helfern in den Flutregionen arbeiten. Die Dankbarkeit der Bevölkerung sei groß. Doch vereinzelt berichten Helfer von Beschimpfungen. „Hinter den Angriffen stehen vor allem sogenannte Querdenker oder Menschen aus der Prepper-Szene, die sich als Betroffene der Flutkatastrophe ausgeben und bewusst Stimmung machen“, so Fügemann. Ferner versuchen Reichsbürger und Rechtsextre-

misten immer wieder in den von Katastrophen betroffenen Regionen das Leid der Menschen für ihre Sache zu nutzen.

Auch in Sachsen-Anhalt nehmen Pöbeleien und verbale Angriffe immer mehr zu. Tritte und Schläge stehen auf der Tagesordnung. 2020 seien 149 Fälle von Gewalt im Ministerium für Inneres und Sport registriert worden. Im Jahr 2019 waren es 132 Fälle. Eine Steigerung um fast 13 Prozent. Feuerwehren und Rettungsorganisationen führen die massive Steigerung auf stärkere gesellschaftliche Spannungen zurück. Das zeige einmal mehr: „Wir brauchen ein umfassendes Gewaltschutzkonzept“, betont Fügemann.

Längst seien die Zeiten, in denen Feuerwehr, Rettungsdienst und andere Hilfsorganisationen als Helfer in der Not



angesehen wurden, vorbei, sagt auch der komba Bundesvorsitzende Andreas Hemsing: „Feuerwehr- und Rettungskräfte, die helfen wollen und dabei selbst Opfer von Gewalt und Aggression werden, sind immer wieder eine traurige Schlagzeile. Diese Übergriffe stellen eine besorgniserregende und nicht hinnehmbare Entwicklung dar. Wir fordern mehr Respekt und Wertschätzung für die Arbeit der Einsatzkräfte. Bei Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes darf es null Toleranz geben.“

Dennis Amy, stellvertretender Vorsitzender der komba gewerkschaft sachsen-anhalt, betont: „Gewalt im Rettungsdienst ist längst kein Tabuthema mehr. Statt des verdienten Respekts für ihre sehr anspruchsvolle Arbeit sehen sich viele

Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst immer mehr mit Gewalt gegen die eigene Person konfrontiert. Dabei handelt es sich oft um absichtliche Angriffe. Und wer einmal Opfer von körperlicher Gewalt im Einsatz geworden ist, bedarf danach oft selbst Hilfe.“ Hier gebe es dringenden Handlungsbedarf zum Schutz der Rettungskräfte.

Viele Mitarbeiter*innen in den Rettungsdiensten seien auf diese konfliktreichen Situationen unzureichend vorbereitet. Deshalb biete die dbb akademie vermehrt Seminare für Feuerwehren und Rettungsdienste an, um die Rettungskräfte auf eskalierende Einsatzsituationen vorzubereiten. Dabei spiele der richtige Umgang mit kritischen Momenten eine große Rolle. ■

> Sozialgerichtsbarkeit

Ehrenamtliche Richterinnen und Richter

Mit Wirkung zum 1. Juli 2021 wurden auf Vorschlag des dbb sachsen-anhalt wieder Kolleginnen und Kollegen zu ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern in der Sozialgerichtsbarkeit neu berufen beziehungsweise wiederberufen:

Sozialgericht Magdeburg:

Gert Basdorf (vbba), Fredi Henning (GDL), Harald Lütkeemeier (Seniorenverband – BRH), Manuela Melcher (BTB), Michael Stief (DVG)

Sozialgericht Halle:

Susann Yvonne Henkel (vbba), Ellen Schmidgen (DJG), Martin Torgau Labuschke (GDL)

Sozialgericht Dessau:

Sven Bennewitz (vbba)

Ferner wurden mit Wirkung zum 10. November 2021 nachstehende Kolleginnen und Kollegen zu ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern für die Fachkammer für Landespersonalvertretungssachen bei dem Verwaltungsgericht (VG) Halle, Magdeburg und für den Fachsenat für Landespersonalvertretungssachen bei dem Oberverwal-

tungsgericht (OVG) des Landes Sachsen-Anhalt berufen:

VG Halle:

Gabriele Sahn, Christian Keil (beide DSTG), Dr. Albert Engel, Jil-Celine Todt und Susanne Rigoli (alle DVG)

VG Magdeburg:

Doreen Göhre, Martin Schnepfmüller (beide DVG), Torsten Wahl (VBE)

OVG Sachsen-Anhalt:

Anke Janko Bartsch (BDF), Dirk Gödde, Torsten Göhre und Heike Scharbrodt (alle DVG)

Thüringer Beamtenbund zieht vor Gericht

Landesregierung leidet unter Realitätsverweigerung

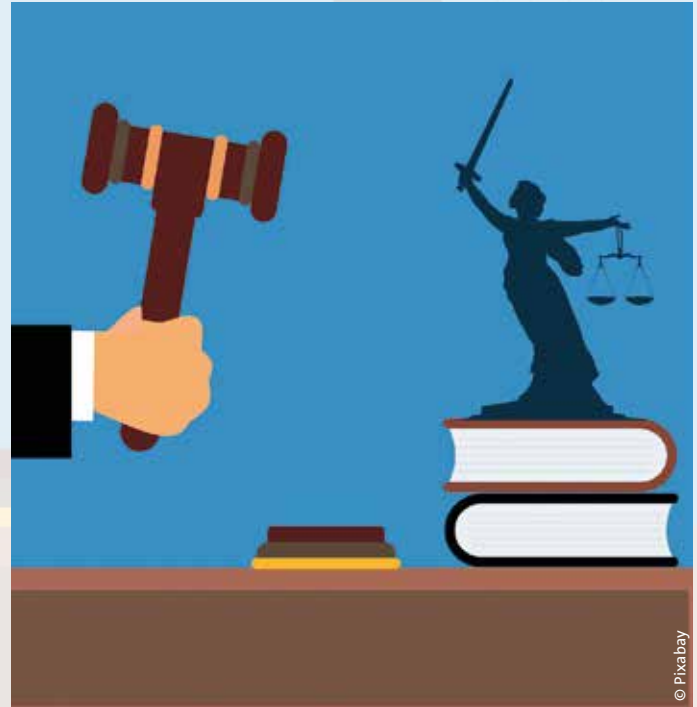
Realitätsverweigerung in Sachen „verfassungsgemäße Alimentation“ attestiert Frank Schönborn, der Landesvorsitzende des Thüringer Beamtenbundes (tbb), der Thüringer Landesregierung.

„Sie hat nun mit Stimmen ihrer drei Fraktionen im Landtag ein Gesetz durchgesetzt, dessen verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit infrage steht. Das hat sie schriftlich: Zwei Gutachten belegen diese Annahme. Auch mehrere Stellungnahmen durch Anzuhörende hatten schon den Finger in die Wunde gelegt. Allein – es scheint niemanden interessiert zu haben.“

Schönborn sieht keine andere Lösung, als nun vor Gericht zu ziehen. Zudem werde der tbb

seine Mitglieder zum Widerspruch gegen die neue Regelung aufrufen. „Nur so kann es eine Klärung geben.“

Fatal bestätige die Landesregierung aktuell jene Entwicklung, die der renommierte Verfassungs- und Besoldungsrechtler Prof. Ulrich Battis in seinem Gutachten beschrieb: Man zerstöre mit solch einem Vorgehen ohne Not sämtliches Vertrauen der im öffentlichen Dienst Tätigen, die ein wichtiger Garant für die politische Stabilität im Land seien. ■



© Pixabay

GDL, DGVB, VSLT, vbba, LbT

Neuwahlen der Mitgliedsgewerkschaften

Gleich fünf Mitgliedsgewerkschaften des Thüringer Beamtenbundes (tbb) haben im Herbst 2021 neu gewählt.

Neuer Vorsitzender der GDL – Bezirk Hessen-Thüringen-Mittelrhein ist Rudolf Schultheis.

Bestätigte Vorsitzende der DGVB Thüringen – Deutscher Gerichtsvollzieherbund und in ihrem Amt wiedergewählt ist Jana Weber.

Neuer Vorsitzender des VSLT – Verband der Schulaufsicht des Landes Thüringen ist Ingo Nebe.

Neue Vorsitzende für die vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales Landesgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen ist Kristin Arnold. ■

Neuer Vorsitzender der LbT – Landesverband der beamteten Tierärzte ist Lutz-Peter Klendauer.

Herzlichen Glückwunsch den gewählten Vorsitzenden. Im

nächsten Jahr stehen weitere Wahlen anderer Mitgliedsgewerkschaften an. Übrigens: Auch der Bundesverband dbb beamtenbund und tarifunion wählt 2022 einen neuen Vorstand. ■

© Pixabay

> Hör Tipp

Interview mit tbb Chef Frank Schönborn zur Diskussion um die Auflösung des Pensionsfonds beim MDR-Radio: <https://www.mdr.de/mdr-aktuell-nachrichtenradio/audio/audio-1865320.html>



Tarifverhandlungen Hessen

Thüringer solidarisch

Am 15. Oktober 2021 endete die Einkommensrunde für die Beschäftigten des Landes Hessen mit einem respektablen Ergebnis.

Zur Unterstützung der hessischen Forderungen haben auch Kolleginnen und Kollegen aus Thüringen die Bedeutung der Einkommensrunde 2021 mit Warnstreik am 13. Oktober 2021 in Wiesbaden untermauert. Eine Busfahrt von Erfurt nach Wiesbaden und zurück organisierte der Thüringer Beamtenbund (tbb). Das starke Signal zur Solidari-

tät und Entschlossenheit zeigt, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nur gemeinsam etwas bewirken können.

tbb Landesvorsitzender Frank Schönborn ließ es sich nicht nehmen, in Wiesbaden als Redner die Forderungen der Einkommensrunde 2021 zum TV-L zu bekräftigen. ■



Aktive Mittagspause in Gotha

Landeshauptvorstand zeigt Flagge bei der Einkommensrunde 2021

Am 15. Oktober 2021 tagte der turnusmäßige Landeshauptvorstand des tbb. In seiner aktiven Mittagspause wurde in Gotha Flagge gezeigt.



© tbb (3)

Neumitglieder-Service tbb und dbb vorsorgewerk

Jetzt Mitglied werden im Thüringer Beamtenbund und Vorteile genießen

Als Mitglied in einer Fachgewerkschaft im tbb profitieren Sie von vielen Vorteilen. Der tbb ist als thüringischer Landesbund Mitglied des dbb beamtenbund und tarifunion. Derzeit sind 34 Mitgliedsgewerkschaften im tbb organisiert.

Werden Sie Mitglied in einer Fachgewerkschaft im tbb! Lassen Sie sich informieren zu aktuellen Entwicklungen im öffentlichen Dienst und dessen privatisierten Bereichen! Nutzen Sie die Unterstützung in allen beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen! Verlassen Sie sich auf den Rechts-

schutz in beruflichen Angelegenheiten! Profitieren Sie von vielfältigen Vorteilen und Rabatten beim dbb vorsorgewerk und in der dbb vorteilswelt.

Mehr Informationen unter: <https://www.thueringer-beamtenbund.de/mitgliedschaft/neumitglieder-service/>



Einkommensrunde Länder 2021

Bundesweite „Prozentläufe“ als Warnung an Arbeitgeber – auch in Erfurt



Die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst der Länder wollen Verschlechterungen bei der Eingruppierung durchsetzen. „Nicht mit uns!“

Am 28. Oktober 2021 durchbrach tbb Landesvorsitzender und Marathonläufer Frank Schönborn verstärkt durch mehrere Mitläufer:innen die symbolische Tarifmauer. Er ließ dem Ärger über die Arbeitgeber in Erfurt freien Lauf: „Die TdL will die Konfrontation! Sie blockiert von Anfang an, stellt unmögliche Forderungen und will Geld sparen an allen Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes! Wir werden aber nicht hinnehmen, dass die Beschäftigten die erkämpfte lineare Erhöhung am Ende selbst bezahlen.“



